

„Die notwendige Inflationsanpassung wurde in den letzten Jahren in allen Beiräten behandelt und mit Nachdruck gefordert,...“

„Nichtberücksichtigte Inflationsanpassung“

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovenci/meldungen, 21.10.2024)

Aus Anlass des bevorstehenden österreichischen Nationalfeiertages haben die Beiratsvorsitzenden der in Österreich anerkannten autochthonen Volksgruppen ein gemeinsames Schreiben an den Bundespräsidenten, die Mitglieder der jetzigen und zukünftigen Bundesregierung sowie an die gewählten Parlamentarier gerichtet.

Im Schreiben weisen die Vorsitzenden aller Volksgruppenbeiräte darauf hin, dass laut Mitteilung des Bundeskanzleramtes vom 21. Oktober 2024 die nach dem Volksgruppengesetz vorgesehene Förderung für das Jahr 2025 weder erhöht noch inflationsangepasst wurde.

„Die notwendige Inflationsanpassung wurde in den letzten Jahren in allen Beiräten behandelt und mit Nachdruck gefordert, weil die alle Gesellschaftsschichten betreffende Steigerung bei den Betriebs- und Personalkosten alle Vereine und Träger von Volksgruppenorganisationen und Institutionen im selben Ausmaß betrifft“, so die Beiratsvorsitzenden. Und weiter:

„Der österreichische Nationalfeiertag sollte Anlass dafür sein, sich der Bedeutung der autochthonen Volksgruppen für die kulturelle und sprachliche Vielfalt Österreichs bewusst zu sein. An die jetzige und zukünftige Bundesregierung ergeht daher der Apell, in zumindest folgenden Bereichen, die für die Volksgruppen von existenzieller Bedeutung sind, großzügige und zukunftsweisende Schritte zu setzen:

- Bereich der durchgängigen Sprachbildung in den Sprachen der anerkannten autochthonen Volksgruppen;
- Unbedingt notwendige Valorisierung und Inflationsanpassung der Volksgruppenförderung;
- Einsetzen eines „Ständigen parlamentarischen Ausschusses“ der sich laufend mit den Anliegen der Volksgruppen befasst, gemeinsam mit ihnen notwendigen Maßnahmen an das Parlament und an die Bundesregierung weiterleitet und mit Ehrgeiz und dem politischen Willen an die Reform des aus dem Jahr 1976 stammenden Volksgruppengesetzes herangeht.“